



Österreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fernschreiber 114402 göd a

1/SN - 202/ME

An die
Kanzlei des Präsidiums des
N a t i o n a l r a t e s
c/o Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Betrifft **GESETZENTWURF**
Zl. 27-GE'98
Datum: 11. MAI 1989
Verteilt 12.5.89 göe

Unser Zeichen – bitte anführen

Ihr Zeichen

Zl. 5.976/89 - VA/Bru

9. Mai 1989

Betr.: Entw./Bundesgesetz, mit dem das
Einführungsgesetz zu den Verwaltungs-
verfahrensgesetzen, die Verwaltungs-
verfahrensgesetze, das VwGH-Gesetz 1985
und das VfGH-Gesetz geändert werden;
Stellungnahme

In der Beilage übermitteln wir wunschgemäß
25 Exemplare der Stellungnahme zu der im Betreff ge-
nannten Angelegenheit – zur freundlichen Kenntnisnahme.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

zeichnet

f.d.



Vorsitzender

Beilagen



Österreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fernschreiber 114402 göd a

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 W i e n

Unser Zeichen – bitte anführen

Ihr Zeichen

Wien,

Zl. 5.976/89 - VA/Bru GZ 601.861/1-V/1/89
(Zl. 6.316/89)

9. Mai 1989

Betr.: Entw./Bundesgesetz, mit dem das
Einführungsgesetz zu den Verwaltungs-
verfahrensgesetzen, die Verwaltungs-
verfahrensgesetze, das VwGH-Gesetz 1985
und das VfGH-Gesetz geändert werden;
Stellungnahme

Zu den vom Bundeskanzleramt in den Vordergrund
gestellten Fragen wird auf folgendes hingewiesen:

1. Zur Einführung der unabhängigen Verwaltungssenate
als 2. oder 3. Instanz: Hier handelt es sich um eine
primär rechtspolitische Frage, welche die Länderautonomie
tangiert. Aus der Sicht der Gewerkschaft Öffentlicher
Dienst sollten die Senate als 2. Instanz eingerichtet
werden. Dies einerseits, weil dadurch eine verfahrens-
technisch nicht sinnvoll zu begründende administrative
Mehrarbeit wegfällt; vor allem aber weil es im Hinblick
auf zumutbaren Verwaltungsaufwand und vor allem Verfahrens-
dauer absolut unzweckmäßig wäre, eine Verlängerung der
Instanzenzüge vorzusehen.

2. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst vertritt die
Auffassung, daß die Einführung des Anwaltszwanges nicht
erforderlich ist, sofern nicht gleichzeitig ein Kosten-
ersatzanspruch eingeführt wird. Gerade jene Verfahrens-
erleichterungen, die eine mündliche Verhandlung mit sich
bringen könnten, würden weitgehend wieder beseitigt werden.

3. Die Festsetzung eines starren Schillingbetrages als Kompetenzgrenze ist im Hinblick auf das 7. Zusatzprotokoll zur MRK nicht ganz unbedenklich, wird dort doch auf den Deliktscharakter abgestellt. Im Hinblick auf die konkreten Umstände des Einzelfalles kann aber ein durchaus schwerwiegender Vorwurf im Einzelfall durch geringe Strafen geahndet werden. Im Hinblick auf eine einfach administrierbare und auch für Rechtsunkundige verständliche Regelung dürfte diese Lösung aber einer Regelung, die auf die einzelnen gesetzlichen Strafdrohungen oder gar die einzelnen gesetzlichen Tatbestände abstellt, vorzuziehen sein.

4. Zu den einzelnen Bestimmungen ist weiters anzu-
merken:

a) Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst schlägt vor, die Rechtsmittelfristen generell auf 4 Wochen zu verlängern, so wie dies bereits im zivilgerichtlichen Verfahren geschehen ist.

b) Zu § 67 d Abs. 5:

Im Hinblick auf die vorgesehene mündliche Verkündung der Bescheide sollte klargestellt werden, daß - auch wenn die Öffentlichkeit von einer Verhandlung ausgeschlossen wurde - jedenfalls der Spruch der getroffenen Entscheidung veröffentlicht werden darf.

c) Zu § 67 e:

Ein ausdrücklicher Hinweis auf die auch im Rahmen der mündlichen Verhandlung wahrzunehmende Belehrungs- und Anleitungspflicht (§ 13 a AVG) wäre zweckmäßig. Auch sollte ein Fragerecht analog zu § 51 Abs. 2 VStG vorgesehen werden.

d) Zu § 73 Abs. 2:

Es sollte klargestellt werden, daß nach einer Säumnisbeschwerde an den unabhängigen Verwaltungssenat nicht auch noch - sollte dieser gleichfalls säumig bleiben - die Oberbehörde angerufen werden muß, wie dies der VwGH derzeit in ständiger Rechtsprechung annimmt, wenn der Rechtsmittelzug nicht direkt zur Oberbehörde geht. Dies könnte gesetzestechnisch korrekter allenfalls auch durch eine Klarstellung im VwGH-Gesetz erreicht werden.

e) Zu § 51 Abs. 3 VStG:

Sprachlich schöner wäre im zweiten Satz "sie" statt "es".

f) Zu § 51 f Abs. 2 letzter Satz VStG:

Der Begriff der "unangebrachten Fragen" ist zu unpräzise und auch überflüssig. Die Möglichkeit zur Zurückweisung von Fragen, die nicht der Aufklärung des Sachverhaltes dienen, reicht aus.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden wunschgemäß dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

zeichnet

f.d.



Vorsitzender

Kopie - ÖGB/Sozialpolitisches Referat
zum do. Schreiben vom 5.4.1989 (DrLeu/G1/SP-X/A)